

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 20.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8175.

Hannover  
Sonnabend, 6. Oktober 1900.

Inserate kosten pro gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Weinstr. 31. Verlag: Altklosterstr. 46.

9. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Das Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages ist fertig gestellt und ist mit dem Versand bereits begonnen. Die Zahlstellen und Verbandsorte, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, wollen das unverzüglich nachholen. Das Protokoll ist 4 1/2 Bogen stark und giebt in über 70 Seiten Text ein vollständiges Bild der Verhandlungen des Verbandstages. Außerdem enthält es den Bericht des Vorstandes und Ausschusses und das Ergebnis der Statistiken. Der Preis ist 10 Pfg., dafür erfolgt portofreie Zusendung. Die Garantie für die Bezahlung der bezogenen Protokolle übernehmen laut Beschluß des Verbandstages die Verbandsorte. Daher liegt es auch im Interesse der Zahlstellen, die Bestellungen rasch aufzugeben, denn die Protokolle lassen sich leichter verkaufen, wenn die Verhandlungen noch in frischer Erinnerung sind.

Mit kollegialischem Gruß  
August Brey.

Die Bevollmächtigten werden ersucht, uns die Namen und Wohnungen der von Oktober ab thätigen zweiten Bevollmächtigten, der Reisekostenzahler und die Adressen der Verkehrslokale mitzuteilen. Die Angaben sollen zur Herstellung des vom Verbandstage beschlossenen Adressenverzeichnis für reisende Mitglieder dienen.

Mit kollegialischem Gruß  
Aug. Brey.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei wurde am 17. September Morgens 9 Uhr eröffnet und hatte bereits am 21. September sein Arbeitspensum erledigt. In vier und einem halben Tag haben die Abgeordneten der deutschen Parteigenossen ein umfangreiches und tüchtiges Stück Arbeit bewältigt. Eine erhöhte Weihe erhielt das Arbeiterparlament dieses Mal dadurch, daß der 25jährige Gedenktag der Einigung wiederkehrte. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes waren ebenfalls 10 Jahre verflossen, beide geschichtlich hoch bedeutsamen Gedenktage fanden in den Eröffnungsansprachen des Kommerzes und des Parteitages entsprechende Würdigung. Leider wurde die Freude über diese geschichtliche Begebenheit wesentlich gestimmt durch die Erinnerung an das Ableben unseres Genossen Dieblich, dessen Abwesenheit in Mainz als auch auf dem internationalen Kongress zu Paris sehr vermerkt wurde.

Die in einer der früheren Nummern des „Proletarier“ bekannt gegebene provisorische Tagesordnung fand die Zustimmung des Parteitages. Einer Anregung, die Neutralitätsfrage der Gewerkschaften auf die Tagesordnung zu setzen, wurde nicht Folge gegeben. Es waren anwesend 199 Delegierte mit 227 Mandaten, dazu kommen die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure, 30 Angehörige der Reichstagsfraktion und zwei Vertreter von Parteigeschäften, so daß die Zahl der Teilnehmer sich auf 243 belief. Dazu kommen noch die Vertreter ausländischer Parteien (zwei aus Oesterreich und ein Mitglied des kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins in London).

Der Kassenbericht weist nach, daß leider eine ganze Reihe Parteiorde und Parteikreise ihre Pflichten gegenüber der Gesamtpartei so vernachlässigt haben, daß ein bedeutender finanzieller Ausfall zu verzeichnen ist. Die Einnahmen betragen einschließlich des Kassenschatzes am 31. August 1899 258 017,01 Mark, die Ausgaben, einschließlich des Schatzes am 31. Juli 1900 betragen 291 362,92 Mark, also 33 345,90 Mark mehr. Letztere Summe mußte der Reserve entnommen werden. Der Fall, daß die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht reichten, ist seit 1890 zweimal eingetreten, aber das waren Kampfsjahre, in welchen die allgemeinen Wahlen bedeutende Anforderungen an die Zentralkasse stellten. Diesmal ist es ein Friedensjahr, in welchem der Kriegsfonds zur Deckung eines Defizits herangezogen werden muß. Die Mindereinnahme ist dadurch entstanden, daß das Hamburger Geschäft Auer u. Comp. hantliche Veränderungen vornahm und die Geschäftsüberschüsse zur Bestreitung dieser Kosten verwendet werden mußten. Ähnlich liegt es in Chemnitz und Elberfeld. Dagegen haben

nach dem Referate des Kassiers andere Wahlkreise solche Entschuldigungen nicht. Einzelne Kreise haben noch nicht einmal so viel geschickt, als die Diäten ihrer Abgeordneten betragen. Aber auch andere Wahlkreise, die Beiträge an die Kasse abliefern, seien im Rückstande geblieben. Öffentlich kann im nächsten Jahre berichtet werden, daß die Scharte ausgeweht worden ist.

Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit bot ein anschauliches Bild von den Kämpfen, die im Parlament geführt wurden gegen den Parlamentarismus und seine das Volk belastende Tendenz, gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter, für die Ausdehnung des Arbeiterschutzes. Klar geht daraus hervor, wie die liberale Interessengruppe des Reichstages den Arbeiterschutz nur als Aushängeschild für politischen Stimmenfang benutzte. Eine vom katholischen Arbeiterverein ausgehende Petition verlangte die Einführung einer 10stündigen Maximal-Arbeitszeit in der Textilindustrie. Die Petitionskommission beantragte, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Der Zentrumsabgeordnete Dasbach wünschte die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen und fand hierfür nicht die Unterstützung seiner Fraktion. Die sozialdemokratische Fraktion ganz allein stimmte für die Berücksichtigung der vom katholischen Arbeiterverein eingebrachten Petition, während das Zentrum und die anderen Parteien kühl und frostig die Petition dem Reichskanzler nur als Material zugehen ließen. Der ober-schlesische christliche Arbeiterverein zur gegenseitigen Hilfe in Beuthen petitionierte auf Einführung der achtsündigen Arbeitszeit in Berg- und Hüttenbetrieben, auch diese Petition sollte dem Reichskanzler als Material überwiesen werden. Auch hierbei fand sich keiner der Zentrumsmänner bereit, zu beantragen, daß diese Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung empfohlen werde, vielmehr stimmten die Herren wiederum für Überweisung als Material.

Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums ist mit diesen beiden Vorgängen in die richtige Beleuchtung gerückt.

Die gefaßten Beschlüsse bringen wir in nächster Nummer.

## Die Streiks in Deutschland im Jahre 1899.

Seit dem Jahre 1891 wird seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen, welche in Deutschland vorkommen, geführt. Das Material für diese Statistik wird durch Umfrage bei den Vorständen der gewerkschaftlichen Zentralverbände beschafft. Da in einer ganzen Anzahl Organisationen Aufzeichnungen über die Einzelheiten der Streiks nicht gemacht wurden, so war die Statistik in den ersten Jahren der Aufnahme nicht ganz vollständig. In den letzten Jahren haben die Gewerkschaftsvorstände aber sämtlich alle für die Statistik bemerkenswerten Einzelheiten über die Streiks verzeichnet, so daß die Statistik alle Streiks, welche vorgekommen sind, mit Ausnahme derjenigen, an welchen organisierte Arbeiter nicht beteiligt waren, enthält. Seit dem 1. Januar 1900 ist eine weitere Verbesserung der Aufnahme der Statistik insofern erfolgt, als diese in allen zentralisierten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortlaufend geführt wird.

Bis zum Jahre 1899 bot die Statistik der Generalkommission das einzige zuverlässige Material über die Streiks. Seit dem 1. Januar 1899 wird aber auch eine amtliche Statistik seitens der Reichsverwaltung aufgenommen. Bei dieser amtlichen Aufnahme scheint zwar der ganzen Anlage nach die kriminalrechtliche Seite der Statistik vor die volkswirtschaftliche gestellt zu werden, doch bietet sie, oder sollte wenigstens bieten, ein vollständigeres Bild als die Gewerkschaftsstatistik. Eine Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik ist noch nicht erfolgt, doch ist vierteljährlich ein Auszug aus den Ergebnissen der Aufnahme veröffentlicht worden. Voraussichtlich wird die Jahreszusammenstellung nicht eine einfache Summierung der vierteljährlich veröffentlichten Ziffern sein, sondern es dürften noch wesentliche Berichtigungen besonders bezüglich der in der amtlichen Statistik unvermeidlichen Doppelzählungen erfolgen. Die Reichsstatistik zählt nämlich die Streiks nach Verwaltungsbezirken, so daß ein Streik, der sich über zwei bis drei Bezirke erstreckt (z. B. Berlin

und Bororo) zwei bis drei Mal gezählt ist. Bei gleicher Teilnehmerzahl ist also die amtliche Zahl der Streiks größer, was allerdings dadurch ausgeglichen wird, daß auch die Gewerkschaftsstatistik doppelte Streikziffern bei Beteiligung mehrerer Organisationen (besonders im Baugewerbe) nicht ausschließt. Dem gegenüber zählt die Reichsstatistik einen Streik, der Betriebe verschiedener Branchen und Industriegruppen betrifft, als ebenso viele Einzelstreiks. Wenn z. B. ein Tischlerstreik die Möbel-, Bau-, Modell-, Parkets-, Apparaten- und sonstige Branchen umfaßt, so wird für jede Branche ein selbständiger Streik gezählt, während die Gewerkschaftsstatistik, sofern alle diese Berufe derselben Organisation angehören, diesen Streik als einen einheitlichen auffaßt. Ob in der Jahreszusammenstellung der amtlichen Statistik sich diese Fehler vollständig werden beseitigen lassen, ist fraglich. Für einen vorläufigen Vergleich mit den Ergebnissen der Gewerkschaftsstatistik sind wir auf eine Summierung der vierteljährlichen Veröffentlichungen der Ergebnisse der amtlichen Aufnahme angewiesen.

Diese ergibt an Streiks und Aussperrungen 1333 mit 106 001 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 6204 Beteiligte).

Die Gewerkschaftsstatistik weist für 1899 976 Streiks und Aussperrungen mit 100 779 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11 815 Beteiligten) aus.

In der Gewerkschaftsstatistik fehlen die Streiks der Bauarbeiter (Hilfsarbeiter) und der Tapezierer. Wenn in der amtlichen Statistik die Doppelzählungen, welche aus den angegebenen Gründen entstehen müssen, ausgeglichen werden, so dürften die Ergebnisse der beiden Statistiken sich ziemlich nahe kommen. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsstatistik zuverlässiges Material bietet, wie auch dafür, daß nur wenige Streiks vorkommen, von welchen die Gewerkschaftsvorstände keine Kenntnis erhalten.

In der Gewerkschaftsstatistik ist stets eine Gruppierung der Streiks nach Angriff- und Abwehrstreiks erfolgt. Es ist dies ursprünglich in der Absicht geschehen, um den Nachweis zu führen, in wie zahlreichen Fällen die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, daß die Arbeiter zum Streik greifen müssen, um einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzubeugen und daß die Zahl dieser Streiks nicht geringer ist als die, bei welchen die Arbeiter zum Angriff übergehen. Aus dieser Gruppierung hat sich jedoch im Laufe der Jahre ein interessantes Material ergeben. Es geht aus diesem hervor, daß in der Periode ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur die Unternehmer sofort bestrebt sind, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern, kurz, den eintretenden Ausfall am Profit durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszugleichen, den Verlust auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen.

In der nachstehenden Tabelle, welche die Zahl, Dauer und Kosten der Streiks von 1890 bis 1899 enthält, ist auch angegeben, wieviel Prozent der Streiks Angriff- resp. Abwehrstreiks waren.

Jahr	Resultat der Streiks in Prozenten †							
	Angriffstreiks				Abwehrstreiks			
	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos	Unbekannt	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos	Unbekannt
1890—1891	36,7	40,2	20,4	2,7	16,5	37,9	31,6	14,0
1892	30,0	30,0	40,0	—	35,8	17,0	45,3	1,9
1893	48,7	29,7	21,7	—	41,8	17,8	37,9	2,5
1894	31,6	39,5	28,9	—	26,3	24,2	44,0	5,5
1895	57,0	18,0	25,0	—	32,0	12,7	55,2	2,1
1896	54,2	28,3	14,5	3,0	34,4	18,5	38,4	8,7
1897	53,3	30,6	16,1	—	38,7	18,2	40,7	2,4
1898	50,9	32,7	13,7	2,7	57,0	11,4	29,8	1,8
1899	56,6	25,4	14,0	3,8	50,5	15,3	31,9	2,3
	49,0	27,6	15,2	2,2	41,3	15,7	33,8	3,3

† In diesen Jahren ist nicht von allen Gewerkschaften eine genaue Bezeichnung des Streiks erfolgt. Das Prozentverhältnis ist nach der Gesamtzahl der Streiks berechnet.

In den ungünstigen Wirtschaftsjahren 1892—94 sind die meisten Streiks zur Abwehr geführt. Die

Arbeiter sind genöthigt, ihre Position zu verteidigen. Mit vollem Rechte greifen sie daher beim Eintritt der wirtschaftlich günstigen Periode zur Arbeitseinstellung, um das Verlorenes wieder zu gewinnen oder sich einen Antheil an dem dem Unternehmern zustehenden Mehrerwerb zu sichern. Angefichts dieser aus der Statistik sich ergebenden Thatsachen ist es nicht angebracht, den Arbeitern den Vorwurf zu machen, daß sie während der günstigen Konjunktur streiken, anstatt den „Nationalwohlstand“ durch gesteigerte Thätigkeit zu vermehren. Die Arbeiter wissen aber, daß sie an dem sogenannten „Nationalerwerb“ keinen Antheil haben, und daß dessen Erhöhung nichts Anderes bedeutet, als Vermehrung des Reichthums der besitzenden Klasse. Sie sind deshalb der Meinung, daß für sie keine Ursache vorliegt, bei kärglichem Lohne weiter zu vegetiren, während durch ihre Arbeit der Reichthum des besitzenden Theiles des Volkes vermehrt wird. Wenn die Unternehmer nicht geneigt sind, ohne daß es einer Auforderung bedarf, von ihrem steigenden Gewinne den Arbeitern etwas in Form einer Lohnerhöhung abzugeben, so sollten sie es wenigstens thun, wenn die Arbeiter mit einer solchen Forderung an sie herantreten. In ausreichendem Maße ist nachgewiesen, daß die Arbeiter nie zum Streik greifen, ohne mit dem Unternehmer eine Verständigung über die gestellten Forderungen zu versuchen. Wie die Unternehmer solchen Versuch der Verständigung beantworten, zeigt die gegenwärtige Aussperrung der Werftarbeiter in Hamburg.

Von der Regel, daß in der günstigen Wirtschaftskonjunktur die Zahl der Angriffstreiks überwiegt, machte das Jahr 1898 eine Ausnahme. Während in den vorübergehenden Jahren günstiger Konjunktur und auch 1899 nur 31 bis 46 Prozent der Streiks Abwehrstreiks waren, weist das Jahr 1898 53 Prozent solcher Streiks auf. Es ist dies ein Ergebnis der Zuchtstrafgesetzmäßigkeit des Unternehmertums. War ihm doch verheißen, daß die Anreizung zum Streik mit Zuchtstrafe bestraft werden solle, hatte doch der Staatssekretär des Innern in einem geheimen Rundschreiben Schutz vor den „Streikvereinen“ der Arbeiter zugesagt. Was lag näher, als daß die Unternehmer nun ihrerseits sich zu staatsbrecherischen Thaten berufen fühlten und den Arbeitern zeigen wollten, was ihnen unter dem Zuchtstrafkurs Alles geboten werden könne. Das Jahr 1898 weist nicht weniger als 229 Aussperrungen und solche Streiks auf, welche wegen Maßregelung und der Forderung entstanden, daß die Arbeiter aus den Gewerkschaften austreten sollten. Nachdem jedoch eine unverhältnismäßig hohe Zahl, nämlich 57 Prozent, der Abwehrstreiks erfolgreich für die Arbeiter endeten, merkten die Unternehmer, daß die Arbeiter durch die Drohung, ins Zuchtstrafhaus gesteckt zu werden, nicht müde gemacht waren, und für 1899 sind nur 151 Aussperrungen und Streiks zu verzeichnen, welche aus den genannten Ursachen entstanden.

Für die Arbeiter ist der Ausgang, welchen die Streiks in den einzelnen Jahren genommen haben, überaus lehrreich. In der folgenden Tabelle sind die Resultate der Streiks in Prozenten angegeben.

Jahr	Anzahl der Streiks, in denen Gewerkschaften mitwirkten	Anzahl der Streiks	Zahl der Beschäftigten der betroffenen Personen	Dauer der Streiks in Wochen	Gesamter Ausgab	Von den Streiks waren in Prozenten:	
						Unglücksstreiks	Abwehrstreiks
1890-91	27	226	33 596	1 348	2 094 922	55,0	35,0
1892	21	73	3 022	507	84 638	27,4	72,6
1893	25	116	9 336	563	172 001	32,0	68,0
1894	27	131	7 328	879	354 297	29,0	69,5
1895	29	204	14 082	1 090	424 231	49,0	46,0
1896	40	483	128 808	1 923	3 042 950	68,7	31,3
1897	37	578	63 119	1 921	1 257 298	57,1	42,9
1898	44	955	60 162	4 848	1 345 302	46,7	53,3
1899	40	576	100 779	3 976	2 627 119	55,5	44,5
Summa	—	3 772	425 142	17 000	11 492 758	53,6	46,4

\* In diesen Jahren ist nicht von allen Gewerkschaften eine genaue Bezeichnung der Streiks erfolgt. Das Prozentverhältnis ist nach der Gesamtzahl der Streiks berechnet.

Es ergibt sich daraus, daß auch während der günstigen Wirtschaftskonjunktur die Chancen bei den Abwehrstreiks für die Arbeiter nicht günstig stehen. Während in den letzten vier Jahren von den Angriffstreiks nur 13 bis 16 Prozent erfolglos endeten, sind von den Abwehrstreiks 29 bis 40 Prozent erfolglos gewesen. Es wird also zum Abwehrstreik mit noch größerer Vorsicht gegiffen werden müssen, als zum Angriffstreik, weil der Angreifer (im ersten Falle der Unternehmer) in der Regel die günstigere Position inne hat.

## Die Landarbeiterfrage.

In den ständigen Klageobjekten in den Versammlungen und in den Zeitungen der Agrarier, sowie in den gesetzgebenden Körperschaften gehört die Klage über die Leutenoth. Immer finden die Agrarier über Unterdrückungs- und Gewaltmaßregeln nach, mit denen sie die Arbeiter am Fortgehen hindern wollen. Vor kurzer Zeit kritisierte Herr von Hofmann das Gebahren seiner Bundesgenossen. Jetzt bringt die „Post. Ztg.“ einen Artikel über den Mißbrauch der Gesetzgebung in dieser Frage. Wir drucken diesen Artikel ab, da hier

bestätigt wird, daß auch in Preußen, denen man Arbeitersfreundschaft nicht zum Vorwurf machen kann, die Arbeit vertreten ist, daß die Agrarier mit ihrem Mittel das Uebel, das sie bekämpfen wollen, verschärfen. Der Artikel lautet:

Aus mehreren Staaten des deutschen Reiches, so neuerdings aus dem Königreiche Sachsen, verläutet der Absicht, den Vertragsbruch ländlicher Arbeiter unter Strafform zu stellen; in anderen deutschen Staaten, in denen eine solche Einrichtung seit alter Zeit besteht, denkt man nicht daran, sie aufzuheben. Die Angelegenheit hängt mit der vielbesprochenen „Deutenoth“ zusammen. Der Grundbesitzer, der Arbeiter hat, wünscht nicht, daß sie ihm davonlaufen, namentlich nicht zur Unzeit, etwa beim Beginn der Körnerernte. Und damit sie nicht davonlaufen, soll ihnen angedroht werden, daß Derjenige, der davonläuft, zur Strafe Geld zahlen muß, und da er voraussichtl. kein Geld haben wird, so muß er sitzen. Gewiß, das wird er schon verstehen.

Bei den Agrariern steht es fest, daß die freiständigen Zeitungen von der Landwirtschaft nicht das Geringste verstehen; unter ihren Mitarbeitern ist auch nicht ein einziger, der Foggen von Gerste unterscheiden kann. Um für diese Anklage mangelnden Verständnisses neues Material zu liefern, wollen wir einmal zu Markte tragen, wie wir über die hier berührte Frage denken. Ein ländlicher Arbeiter, der wegen Vertragsbruches zu einer eintägigen Haftstrafe verurtheilt ist, wird in dieser Frist, so kurz sie auch ist, etwas lernen, was ihm für seine Zukunft von Wichtigkeit ist. Irgend ein Gastgenosse wird ihn davon unterrichten, daß ein häßlicher Arbeiter wegen Vertragsbruches nicht in das Gefängniß gesteckt werden kann. Er wird sich hüten, sich von Keinem in ein Vertragsverhältnis zu begeben, das ihn in das Gefängniß führen kann, und wird in der Stadt Arbeit suchen. Ein neues Gesetz über Strafbarkeit des Vertragsbruches wird die Deutenoth vermehren, statt sie zu lindern.

Nach agrarischer Ansicht ist es die Bergnützungssucht, die die Arbeiter vom Lande in die Stadt treibt; sie wollen dort tanzen und im Ringeltangel lachen. Nach Ansicht der Leute, denen die Agrarier Kenntniß der landwirtschaftlichen Verhältnisse absprechen, sind es der geringe Lohn und die schlechte Behandlung, welche die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter vermindern. Vor einigen Tagen machten wir auf noch einen anderen Grund aufmerksam. Der ländliche Tagelöhner, der seine Kinder lieb hat und den Wunsch hegt, daß sie es einst besser haben als er, siedelt in die Stadt über, damit seine Kinder in einer guten Schule unterrichtet werden können. Wir folgen heute noch einen anderen gewichtigen Grund bei: die Rechtslage der industriellen Arbeiter ist eine merkl. bessere als die der landwirtschaftlichen.

Dem Fabrikarbeiter hat die Reichsgesetzgebung gewisse Vortheile gebracht; für den landwirtschaftlichen Arbeiter ist das Deutsche Reich noch nicht gegründet. Wir wollen die Segnungen, die die Gewerbeordnung dem industriellen Arbeiter gebracht hat, nicht überschätzen, aber man soll sich doch auch vor einer Unterschätzung hüten. Mag die Polizei sich bemühen, die Ausübung des Koalitionsrechts durch allerlei Belästigungen zu erschweren, sie kommt über den Buchstaben des Gesetzes, daß die Koalitionen gestattet sind, nicht hinweg. Sie muß Arbeitervereinigungen dulden. Obwohl wir ein Reichsgesetz nicht haben, ist doch durch den § 152 der Gewerbeordnung eine gewisse Freiheit in der Bildung von Arbeitervereinen garantiert.

Dem ländlichen Arbeiter bietet die Reichsgesetzgebung nichts. Er sichert das Recht, Vereine zu bilden und Versammlungen abzuhalten, nicht zu, und die Landesgesetzgebung spricht es vielfach ausdrücklich ab. In Preußen haben wir allerdings ein Vereinsgesetz, das wir zwar für recht ungenügend halten, um das wir aber doch in kleineren Staaten beneidet werden. Es giebt Staaten, in denen jeder Versuch, ohne obrigkeitliche Erlaubniß einen Verein zu bilden oder eine Versammlung abzuhalten, mit Strafe bedroht ist, soweit nicht entweder die Gewerbeordnung oder auch das Reichswahlgesetz Ausnahmen begründet. In fast allen deutschen Staaten ist es mit Strafe bedroht, wenn eine kleine Anzahl von ländlichen Arbeitern zusammentritt und sich verabredet, ihre bisher laufenden Kontrakte mit deren Ablauf zu kündigen, um einen besseren Lohn zu erzielen. In manchen Staaten steht Strafe darauf, wenn ein Arbeiter, ohne mit Anderen Verabredungen zu treffen, aus einem für ihn unerträglich gewordenen Arbeitsverhältnis entläuft, und die Zahl dieser Staaten soll jetzt noch vermehrt werden.

Das Verneuern ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten ist gewiß bei unseren ländlichen Arbeitern noch sehr wenig ausgebildet, und eine klare Einsicht in ihre Erwerbsinteressen besitzen sie nicht. Aber andererseits sind sie doch auch nicht so stumpfsinnig, daß sie nicht zu der Einsicht kämen, daß sie in eine günstigere Lage versetzt werden, wenn sie sich in die Stadt begeben, um in einem gewerblichen Unternehmen Unterzunft zu finden. Sie können sich über den Inhalt der Gesetze keine klare Rechenschaft geben, aber sie empfinden, daß sie sich in einer besseren Rechtslage befinden, wenn sie ihren bisherigen Verhältnissen entziehen.

Wenn es eine allgemeine Ueberzeugung ist, daß den industriellen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden mußte, und daß es eine Unmöglichkeit geworden ist, es ihnen jemals wieder zu entziehen, so steht keine gesunde Vernunft darin, es den ländlichen Arbeitern vorzuenthalten. Wenn nach jahrelangen Ueberlegungen die Ueberzeugung sich allgemein verbreitet hat, daß die

Einführung einer Kriminalstrafe für Vertragsbruch bei industriellen Arbeitern zwecklos und gefährlich ist, so wird kein Grund dafür entdekt werden können, daß bei ländlichen Arbeitern eine solche Maßregel zu empfehlen ist.

Wir verstehen von landwirtschaftlichen Verhältnissen wenigstens so viel, um zu begreifen, daß der Grundbesitzer Arbeitskräfte nachdrücklich braucht, und billigen jeden Schritt, den er in irgendwelcher Weise thut, um sich solche Kräfte zu verschaffen und zu erhalten. Der Arbeitermangel ist der wichtigste Punkt unserer agrarischen Verhältnisse. Allein nur zweckmäßige Maßregeln können mit allen Kräften erklären. Zweckmäßige Maßregeln sind allein diejenigen, die den ländlichen Arbeitern ihre Stellung angenehm machen, die ihnen einen ausreichenden Lohn, anständige Behandlung, menschenwürdige Wohnungen und einen guten Schulunterricht für ihre Kinder zusichern. Wichtiger aber als alle diese Punkte ist es, daß man den ländlichen Arbeitern die Ueberzeugung verschafft, daß sie mit allen übrigen Klassen der Gesellschaft gleichberechtigt und nicht Ausnahmeverordnungen unterworfen sind, die ein anderer Stand der Gesellschaft schlechter r. h. mehr duldet. Wir kennen in der That kein zweckwirdigeres Mittel, als wenn man den ländlichen Tagelöhner Ausnahmeverordnungen unterwirft, denen er sich in der leichtesten Weise von der Welt dadurch entziehen kann, daß er an einen anderen Ort übersteht und die Art seiner Thätigkeit wechselt.

Verbleibt man auf dem bisherigen Wege, so wird es uns begreiflich, daß ein einsichtiger, aber etwas leidenschaftlicher Beurtheiler wie Herr Professor Werner Sombart die ingrimmige Frage aufwirft, wie lange es wohl noch dauern könne, daß landwirtschaftliche Arbeiter überhaupt existiren.

## Soziale Rundschau.

— Zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes. Das „Medizinische Vereinsblatt“ polemisiert in seiner neuesten Nummer gegen die „Kölnische Zeitung“, welche die „freie Arztwahl“ bekämpft hatte, „weil dieselbe das Grab der für sie (die Industrie) unentbehrlichen, sozialpolitisch so überaus wichtigen Betriebskrankenkassen bedeute“. Das von sozialdemokratischen Neigungen völlig freie Blatt schreibt dazu:

Wir unterwerfen in der That auch nicht was der Verbindung von Betriebskrankenkassen und freier Arztwahl hindernd im Wege stehen sollte, zumal wenn man die letztere in diesen Klassen mit dem System der Vertrauens- und eventuell auch Fabrikärzte verbindet, auf welchem Wege dem Betriebs-Inhaber jeglicher Einfluß gesichert bleibt, soweit derselbe überhaupt gesetzlich zulässig ist. Eine Gepflogenheit freilich würde durch die freie Arztwahl wesentlich erschwert werden, nämlich die vielbeliebte Errichtung von Betriebskrankenkassen (mit Zwangsarztssystem) zu privaten Protektions- und Gönnerzwecken. Daß eine derartige Anderrung aber von den Versicherten als Unglück empfunden oder den Intentionen des Gesetzgebers widersprechend wäre, dürfte sich schwerlich beweisen lassen. Im Gegentheil, was bei dem sozialdemokratischen Arbeiter als Uebergreif getadelt wird, kann bei dessen Arbeitgeber bei gleichen Gesetzesvorschriften nicht füglich in der Ordnung gefunden werden. Zu verwandtschaftlichen Unterstützungen von jungen Schwägern, Vettern u. dgl. m., die zufällig nengeborene Ärzte sind, ist der Kasenzwang unseres Staats nicht eingeführt worden.

— Was sagt der Herr Handelsminister oder der Herr Regierungsrath Hoffmann zu einem solchen Mißbrauch der Verwaltung, wie er in diesen Zeilen durchaus zutreffend geschildert wird? Vielleicht nimmt man einmal Veranlassung, sich auch über den Umfang dieses Mißbrauchs durch eine Umfrage zu unterrichten. Wenn dabei nicht nur die Herren Betriebsinhaber, sondern auch die Arbeiter ihre Erfahrungen mittheilen könnten, so würde eine solche Umfrage zweifellos recht nette Ergebnisse zu Tage fördern.

— Tödliche Verletzungen im Kindesalter. Diesen Gegenstand behandelt nach amtlichen Quellen Dr. med. Georg Heimann in den Conrad'schen Jahrbüchern. Darnach verunglückten in den Jahren 1897 und 1898 im Deutschen Reich 7330 Personen im Alter bis zu 15 Jahren tödlich, unter ihnen 4501 im Alter bis zu 5 Jahren. Ueber die Art der Verunglückungen giebt die folgende Tabelle Aufschluß:

Art der Verunglückung	Kinder bis zu 15 Jahren	Son je 100 Jahren
Ertrunken . . . . .	2610	40,5
Verbrannt, verbrüht u. . . . .	1479	62,5
Ueberfahren . . . . .	840	22,5
Gestürzt . . . . .	693	12,7
Erstickt . . . . .	555	36,2
Erhängt . . . . .	315	11,8
Bergstürzt . . . . .	151	44,9
Anderer oder unbestimmte Art	727	17,9
Zusammen:	7330	27,9

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich in diesen Zahlen ein Bild sozialen Elends verbirgt; 4501 Kinder im Alter bis zu fünf Jahren tödlich verunglückt, das sind wohl ziemlich ebensoviele Fälle einer Nothlage der Eltern, die es ihnen unmöglich machte, die Kinder genügend zu überwachen. Mütter, die zur Arbeit in die Fabrik oder sonstwohin müssen, die Gänge fürs Hauswesen zu besorgen haben und dergleichen und

...die Arbeiter sich selbst überlassen müssen, ...

Wohnungsverhältnisse der Ziegeleiarbeiterinnen. In einer Ziegelei bei Friedberg (Großherzogtum Hessen) ...

In Braunschweig ist am 19. September die am Bahnhof gelegene Zuckerraffinerie Braunschweig vollständig niedergebrannt.

Arbeiter-Volkshochschule, Berlin. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß Auszubildende und Arbeiter in den wichtigsten Mitteln ...

Sie war stets bestrebt, durch Gewinnung solcher Lehrkräfte, die vorzüglich für den Unterricht in Arbeiterkreisen geeignet sind, ...

Durch die Pflege der National-Ökonomie und Gesetzekunde soll dem Arbeiter Gelegenheit gegeben werden, sich in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen zu orientieren, ...

Eine rege Betheiligung an dem, was die Scharte bietet, ist im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft gelegen.

### Vom sozialen Kampfplatz.

Ende des Mainzer Lederarbeiterstreiks. Provinzialdirektor Freiherr v. Gagern hat als Regierungsvertreter für die streikenden Arbeiter die Vermittlung übernommen ...

Der Streik in Mainz ist beendet. Vier Versammlungen, die in den Tagen vom 18. bis 21. September tagten ...

...sach Kollege ... Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die Versammlung beschließt, unter Annahme der von der Leitung des Mainzer Lederarbeiterstreiks gemachten Zugeständnisse, wenn diese so verwirklicht werden, wie es Herr von Gagern versichert hat, den Streik zu beenden.

### Korrespondenzen.

Essen a. S. Ruhr. Zur Errichtung einer Zählstelle tagte am 22. September eine öffentliche Versammlung, die nach einem Referat des Kollegen Branden-Daggen über: Die Lage der Fabrikarbeiter folgende Resolution annahm: Die heute in der ...

Flensburg. In der am 6. September tagenden Mitglieder-Versammlung im Mühlenpavillon erstattete Kollege Hornung den Bericht vom Verbandstag. Bei dem Punkte betreffs der Maßregelung der Kollegen Luft und Christians ...

Hamburg. Mitglieder-Versammlung vom 20. Septbr. Genosse A. Meier hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Die zehn Gebote und die bestehende Klasse.

Hamburg-St. Georg. Am 26. September 1900 tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Sommer, Nagelweg 31. Zunächst wurde die Abrechnung vom 3. Quartal vom Kollegen B. P. verlesen.

Hamm. Am 13. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei Herrn Stöberling. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Rahl von der Hamburger Zählstelle Bericht vom Verbandstage.

Hannover N.-O. Sonnabend, den 1. September, tagte im Lokale des Herrn Junghoff unsere Mitglieder-Versammlung. Der Kollege Kramer erstattete Bericht von dem Verbandstage.

...schiffe bedeuten keine Vermehrung der Bestanden an die ...

Hamburg. Die historische Entwicklung des Streikbrecherthums war das Thema, worüber Herr Kaufheller in der Versammlung am 11. September referierte. Redner theilte die Streikbrecher in vier Gruppen: 1. solche, die aus Bosheit und ...

Heddernheim. Endlich glaube man es fertig gebracht zu haben, die Arbeiterbewegung am hiesigen Orte lahm zu legen. Der bisherige Arbeiterwirth, Herr Hartm. Müller, hat den Gewerkschaften sowohl als auch dem Arbeitergefangenenverein ...

Sellhorn. Je schroffer die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden, und je drückender die Lasten werden, die der Arbeitgeber dem Arbeiter aufzubürden sucht, ...

Kiel. Am 11. September tagte unsere regelmäßige Versammlung. Der Bevollmächtigte theilte mit, daß der Kollege Fritz Hüsch am 8. September verstorben sei.

Magdeburg. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 22. September im Verbandstokale. Genosse Hüsch hielt einen Vortrag über: Handel und Verkehr im neunzehnten Jahrhundert.

Manheim. In der am 16. September tagenden öffentlichen Versammlung sprach Kollege Strone über das Thema: Die Lage der ungelerten Arbeiter und wie verbessern wir diese. Redner betonte, die ungelerten Arbeiter nähmen von allen Arbeitern die ungünstigste wirtschaftliche Stellung ein.

neue Aufnahmen, darunter eine Arbeiterin. Nachdem der Vorsitzende in kurzen Zügen noch den Nutzen des Verbandes entworfen hatte, schloß derselbe die leider nur mäßig besuchte Versammlung, welche von ca. 60 Personen besucht war.

**Meißen.** Sonntag, den 23. d. Mis., referierte in einer im Kurhaus tagenden Versammlung Kollege Kimmich aus Dresden über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter im 19. Jahrhundert“. Redner führte den Anwesenden vor Augen, wie schon im Mittelalter die Gesellen in den sogenannten Kriftkriegen sich zusammenschloßen, um über die Verbesserung ihrer Lage zu beraten. Die Arbeiterschaft, die Bezahlung der Gesellen bildeten oft den Ausgangspunkt erbitterter Feindschaften zwischen Meister und Gesellen. Bessere wiederum gaben der Arbeiterschaft Anlaß, die Bewegungsfreiheit der Gesellen zu hemmen und zu unterdrücken. Zum Schluß forderte der Redner auf, der Organisation immer neue Mitglieder zuzuführen, denn jetzt sei es mehr denn je notwendig, daß sich die Arbeiter organisieren, damit sie gegen die Profitgier der Unternehmer gewappnet und geschützt sind.

**Müggeln.** Am 9. d. M. sprach die Genossin Fiebig-Hamburg hier in öffentlicher Volksversammlung über den Kampf ums Dasein. Gegen 6-700 Personen, darunter sehr viele Arbeiterinnen, hatten sich eingefunden. In dem über 1 1/2 stündigen Vortrage verstand es die Rednerin in ausgezeichneter Weise, das Interesse der Frauen an dem Kampfe der Arbeiter um wirtschaftliche und politische Besserstellung heraufzuleben, wofür ihr am Schluß donnernder Beifall zu Teil wurde. Das Ergebnis dieser Versammlung war denn auch ein gutes zu nennen, denn es traten in unseren Verband 56 Personen, darunter die Hälfte Frauen und Mädchen, ein, in den sog. Verein 18 und außerdem in 2 andere Verbände noch 2. Mit einem dreimaligen kräftigen Hoch wurde soeben die Versammlung geschlossen.

**München.** In der letzten Versammlung der Zahlstelle München erstattete Kollege Richter als Delegierter Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß der Verband trotz aller Machinationen des Unternehmens und zum Teil auch der Polizei sich unanfechtbar ausbreitet. Nachdem hierauf Gauvorstand Kollege Hämmerl, sowie Gauassistent Kollege Wittl ihren Geschäftsbericht erstatteten und auch die Revisoren die Richtigkeit bestätigt hatten, erteilte die Versammlung dem Gauvorstand Decharge. Darauf schritt man zur Neuwahl; da die Kollegen Hämmerl und Wittl eine Neuwahl ablehnten, wurden die Kollegen Richter, Nagler, Steimer, Hofmann, Meier, Anton, und Steinbauer gewählt. Zum letzten Punkt, Verhandlungsgewaltigkeiten, wurde berichtet, daß das Sommerfest im Schleichbierkeller wohl einen recht hübschen Verlauf genommen habe, leider aber kamen dabei einem Kollegen ca. 214 M. Verbandsgehalt abhanden, welche jedoch der betreffende Kollege zu beden versprach. Den freitenden Schreimern wurden als 2. Rate 10 M. überwiesen, des Ferneren 10 M. der Gaukasse. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Rothenburgsort.** Am 19. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei Herrn v. Eigen. Der Genosse Lütz hielt einen Vortrag über das Krankentafelwesen. Derselbe bewies, daß die Krankentafel, vorausgesetzt, daß den Arbeitern das Recht, einen Einfluß auf die Verwaltung ausüben zu können, erhalten bleibt, die vorteilhafteste Organisation auf dem Gebiete der Krankenversicherung sei. Das Mitglied Martha Hartmann wurde einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen. Das Festkomitee zum Herbstvergnügen wurde um 17 Personen ergänzt. Von der kombinierten Vorstandssitzung berichtete Kollege Niemann. Nachdem Kollege Niemann zu recht zahlreichem Besuch der nächsten Versammlung, in welcher das Vorschlags der Bevollmächtigten vorgenommen werden soll, aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wilhelmsburg-Georgswerder.** Sonntag, den 23. September, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Henke aus Altona über: „Neutralität der Gewerkschaften“. Redner erklärte, er könne sich mit den Schwärmern für Neutralität nicht einverstanden erklären, sei vielmehr der Meinung, daß die Gewerkschaften alle Veranlassung hätten, bei ihrer bislang innergehaltene Politik zu beharren. In Punkt 2 der Tagesordnung gab der Kollege Redmann den Jahresbericht. Die Zahlstelle hat 65 Mitglieder, der Lokalfonds ist von 13 M. auf 65 M. angewachsen. Die Quartalsabrechnung wurde für richtig befunden und dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.

**Wolgast.** In der Versammlung am 8. September referierte Kollege Leich über das Thema: „Unsere Arbeitslage“. Der Redner schilderte die auf der Zementfabrik herrschenden Zustände und die Entlassungen, welche auf dieser Fabrik vorgenommen wurden. Dann wurde der auf der Südfabrik angebrochene Streik behandelt und die dem Verbands noch nicht angehörigen Kollegen aufgefordert, dem Verbands beizutreten. Je größer die Schaar der organisierten Kollegen, um so leichter sei es, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bessern.

**Zillstow.** Sonntag, den 9. September, tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei Schmenkel in Franendorf. Zunächst wurde der Kollege Steinert als Hilfskassier gewählt. Sodann erläuterte Kollege Behne die im letzten „Proletariat“ veröffentlichten zehn Gebote der Organisation. Er führte unter Anderem an, daß jeder ehrlich denkende Arbeiter sich der modernen Organisation anschließen muß, weil diese allein die wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiter anstrebt. Alle anderen, und nicht zuletzt die Gewerkschaften, freiben das gerade Gegenteil an, indem sie die mit der modernen Organisation gewonnenen Gewinne einfach nichtachtend bei Seite stellen. So ist vor Augen von Kollegen beider Richtungen, welche auf dem „Ballon“ arbeiten, einstimmig der Beschluß gefaßt worden, Sonntagarbeit abzuschaffen. Als jedoch der Sonntag kam, waren auch die Kollegen, wenn man sie überhaupt noch als solche bezeichnen kann, vom Gewerksverein da, aber nicht um zu ruhen, nein, um zu arbeiten. Darum muß jeder Arbeiter dieser Überhaupt noch denken kann, derartigen Organisationen, welche die Solidarität mit Häßen treiben, wie diese, fern bleiben und ihnen im gegebenen Falle entgegenzutreten. Nach Erledigung einiger anderer Sachen erfolgte Schluß der Versammlung.

### Konferenz des Ganes 7 (8).

Am 2. September tagte in Potsdam in Gieseler's Restaurant die 2. Gaukonferenz. Kollege Junz (Berlin) eröffnete dieselbe um 10 1/2 Uhr Vormittags. Eingeladen waren 16 Zahlstellen der Provinz Brandenburg. Davon waren vertreten 13 Zahlstellen durch 14 Delegierte, außerdem der Gauvorstand durch die Kollegen Junz und Bernau. Die Eröffnungsrede begrüßte der „Gewerksverein Siedelshaus“ in Potsdam durch Gesang und Kollege Eberl im Namen der hiesigen Zahlstelle durch eine Rede. Kollege Junz legte der Konferenz eine Geschäftsordnung vor und wurde dieselbe genehmigt. Nach Konfirmierung des Vorstandes, das aus folgenden Kollegen bestand: Gauassistenten: Gieseler-Potsdam, Vorsitzende, Gewerksverein-Siedelshaus, Vorsitzende, hier Kollege Junz, Berlin das Wort zum Punkt: „Gewerksverein im Gau“. Er lautet: Wenn etwas für den Verband geschehen werden soll, so muß der Gau über eine Person verfügen, welche Tag für Tag für denselben arbeiten kann, dann ist (Redner) ist es unangelegentlich, nach des Tages Arbeit des Abends und des Sonntags fortzuwachen dem Gau

zur Verfügung zu stehen. Als Beweis führte Redner die Arbeiten von vier Monaten an, in denen hauptsächlich Streiks in Betracht kamen, wo jede Woche Lage waren, die er als Arbeiter nicht wissen, und so dem Gau nach auswärts nicht Folge leisten konnte. Zur Erledigung der schriftlichen Arbeiten sei Zeit erforderlich, wenn also die Agitation im Gau gefördert werden sollte, so könne dies nur durch Aufstellung eines besoldeten Beamten geschehen. Redner ersucht die Konferenz um Annahme folgenden Antrages: Den Gauvorstand auf ein halbes Jahr anzustellen und zu besolden. In der Diskussion, die eine sehr rege war und die Gegner des Antrages im Interesse der Mitglieder einer Besoldung nicht zustimmen konnten, da die Kollegen eine größere Befassung durch Ausgaben beschränkten, ersuchte Kollege Eberl, die Agitation auf Kosten des Hauptvorstandes zu betreiben und die Bestimmung der Person dem Vorstande zu überlassen, damit dieselbe den Gau 7 bereist. Diese Anregung fand bei mehreren Delegierten Beifall und wurde nach 2 1/2 Stunden Diskussion zur Abstimmung gebracht. Dieselbe ist auf Antrag des Kollegen Junz eine mamentliche. Für die Anstellung eines besoldeten Beamten sind folgende Zahlstellen: Berlin, Potsdam, Kaputh, Gsh, Behnin, vom Gauvorstand Kollege Junz. Gegen die Anstellung sind die Zahlstellen: Charlottenburg, Ortner, Nowawes, Rixdorf, Spandau, Belten, Wannsee, Weiskensee, vom Gauvorstand Kollege Bernau. Mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Ueber die Aufbringung der Gelder entspann sich eine große Debatte. Mehrere Delegierte sind für Anschaffung von Marken, welche an die Mitglieder verkauft werden sollen. Andere wiederum befürworten, die Unterstüßung des Ganes von den Lokalfondern zu bestreiten. Es wurde darauf folgende Resolution angenommen: „Die am 2. September 1900 in Potsdam tagende Gaukonferenz erklärt: In Betracht, daß sämtliche Zahlstellen verpflichtet sind, den Gauvorstand nicht nur moralisch, sondern auch materiell durch Zufundung von Geldmitteln zu unterstützen, beschließt die Konferenz, die Delegierten aufzufordern, in diesem Sinne in ihren Zahlstellen zu wirken.“ Dann erfolgte die Vorstandswahl. Vorher erklärte Kollege Junz, daß auch Gauvorstand gewählt werden könnten, welche nicht Delegierte sind. Vorge schlagen wurden Junz, Eberl, Fricke und Bennenwig. Junz und Bennenwig lehnten ab. Kollege Eberl-Potsdam wurde sodann mit 13 Stimmen als Gauvorstand gewählt. Der übrige Vorstand, der Kassierer, der Schriftführer und die Revisoren, ist in der Zahlstelle Potsdam zu wählen. Unter Beschluß des rügten mehrere Delegierte die ungenügende Entschädigung der Delegierten. Folgende Resolution wurde angenommen. Die 2. Gaukonferenz des Ganes 7 vernichtet auf das Entschädigungs, daß einige Zahlstellen ihren Delegierten so geringe Diäten bewilligt haben, daß sie zum Lebensunterhalt unbedingt nicht ausreichen, und die Delegierten hiedurch gezwungen waren, aus ihren eigenen Mitteln noch zulegen zu müssen. Die Konferenz erwartet, daß eine derartige Sparsamkeit am unrechten Orte in der Zukunft unterbleibt und den Delegierten ein für die Unkosten ausreichender Betrag zur Verfügung gestellt wird. Darauf wurde Ort und Tag der nächsten Konferenz besprochen; es wurde Berlin und Nowawes vorgeschlagen. Berlin erhielt bei der Abstimmung 6, Nowawes 9 Stimmen. Mit 11 gegen 6 Stimmen wurde die internationale Arbeiterbewegung wurde die Konferenz um 5 1/2 Uhr geschlossen.

### Eingefandt.

Kolleginnen und Kollegen! Bereits zwei Jahre besteht das hiesige Arbeiter-Sekretariat und hat eine Wirksamkeit entfaltet, die allen Beteiligten zum Vorteil gereicht, so daß Alles getan werden muß, um dieses Institut der Arbeiter-Erfahrung zu erhalten. Die Mitglieder-Versammlung vom 11. August d. J. beschloß mit großer Mehrheit die Einführung des obligatorischen Beitrages und soll letzterer monatlich 10 Pfennige betragen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, ersuchen wir Euch, die 10 Pf. dem Beitragsheber mitzugeben. Wenn Ihr einmal in die Lage versetzt werdet, den Rath und die Hilfe des Sekretariats in Anspruch zu nehmen, dann werdet Ihr empfinden, was Ihr mit dem kleinen Scherlein Euch selbst Großes geleistet habt. Die Bevollmächtigten der Zahlstelle Frankfurt a. M.

### Abrechnung

über die Unterstüßung der am Streik im Dampferbau zu Garburg 1900 beteiligten gewerkschaftlichen Verbandsangehörigen.

Einnahme:

Lokalkasse Garburg, erste Woche	298,20 M.
Von der Hauptkasse	1578,—
Summa:	1876,20 M.

Ausgabe:

An Unterstüßung v. Mitgliedern inkl. Kinder	1619,70 M.
An abgereichte Mitglieder	30,—
Verwaltungskosten	52,80
An die Verbandskasse zurückgezahlt	173,70
Summa:	1876,20 M.

Revidiert und für richtig befunden. G. Martens. M. Gelbner. D. Gutwirth.

### Abrechnung

über die während des Streiks der Aktien-Druckereiarbeiter zu Garburg an unsere Verbandsangehörigen bezahlte Unterstüßung.

Einnahme:

Lokalkasse Garburg, erste Woche	202,50 M.
Von der Hauptkasse	1322,—
Summa:	1524,50 M.

Ausgabe:

An verheiratete Mitglieder mit 36 Kindern für 450 Streiktage	1038,— M.
An ledige Mitglieder für 114 Streiktage	170,—
An weibliche Mitglieder für 238 Streiktage	310,14
Verwaltungskosten	6,36
Summa:	1524,50 M.

Revidiert und für richtig befunden. G. Martens. G. Gutwirth. M. Gelbner. Garburg, den 30. August 1900.

### Quittung.

Seit dem 19. September gingen folgende Beträge ein:

Hamburg-St. Georg, 437,60.	Stühns 22,13.	Danzig 200,—.	Auenrade 169,—.	Berghaus 5. St. 20,—.	Marxtrans 140,25.	Stürgberg 6,10.	Gießen 36,—.	Pilsnig 2,60.
Wesellahnen 15,10 Markt.								
Für Provokolle: Mannheim 10,—.	Marxtranshdt 20,—.	Gamm 5. d. 30,—.						
Für Streikfonds: Hamburg-St. Georg 44,50 M.								
Für Inzerate: Hamburg-St. Georg 2,80 M.								
Für die Zeitung Lederarbeiter: Wambled 100,— M.								
Für die angefertigten Werftarbeiter in Hamburg: Lauenburg a. Elbe 27,50 M.								
Schluß: Dienstag, den 2. Oktober, 12 Uhr.								

### Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Gau 8. St. des Reiches Potsdam, Post-Bezirk Ostert, Post-Bezirk 1. Kassier Aug. Brandow, Neue Postenstraße 36.  
Blankenburg a. Harz. Otto-Palast, Steinstr. 3.  
Worms. J. Stern, Hamburgstr. 26.  
Dachshausen und Umgegend. Oskar König, Blankenese, Nordstr. 49.  
Effen a. R. Gau 17. Joh. Wink. Hermannsplatz 3, 3. Et.  
Salle-Mord. Friedrich Gräber, Poststraße 3.  
Kolberg. Ferdinand Otto, Strandstr. 13.  
Rauheim-Redarau. Gau 14. Friedr. Haber, Schulstraße 378.  
Rißburg. Georg Lubert, Am Seelenberg 157.  
Neufahrn. Alois Graß, Fabrikarbeiter, Pfaffenberg, Niederbahren.  
Pilsnig. Gau 9. W. H. Hinte.  
Pilsnig bei Breslau. Gau 11. Franz Kupke.  
Gellgenstadt. Gau 15. (Neueinstellung.) Adam Giers, Ziegelarbeiter.  
Stettin. Ernst Meinz, Erfurterstr.  
Tilsit. Dr. Kurjat, Kallapen bei Frau Reisker.

### Zur Beachtung!

Zahlstelle Dessau. Wegen eines Unfalles des 1. Bevollmächtigten sind bis auf Weiteres sämtliche Erhebungen und Schriftsätze an den 2. Bevollmächtigten Franz Frießel, Amalienstraße, zu senden.

Die Bevollmächtigten.  
Das Mitglied Karl Rörber, geb. am 22. September 1899 zu Weichrode, zuletzt in Garzgerode, daselbst auch angenommen am 1. August 1900, wird gebeten, seine Adresse bei Gustav Mejer, Garzgerode, Lindenstraße 3977, einreichen zu wollen.

### Sterbetafel.

Frau M. Wegener, geb. a. n. 25. Dezember 1875, eingetretten am 12. Juni 1898, gestorben am 8. Sept. 1900 zu Weiskensee.  
Martina Münster, geboren am 14. August 1867, eingetretten am 19. Januar 1896, gestorben am 23. September 1900 zu Elmshorn.

### Briefkasten.

R. Weiter. Nicht in jeder der genannten Zahlstellen ist Beleggeld zu zahlen, sondern nur in Mainz.

### Zahlstelle Geesthacht.

Am Sonntag, den 14. Oktober, findet im Lokale des Herrn Friedrich Petersen Nachmittags 4 Uhr unsere Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Wie fesseln wir am besten die Mitglieder an unsere Bestrebungen? (Referent.) 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Bannerweihe. 4. Veranstaltungen für nächsten Sommer eine Lusttour? 5. Abrechnung. 6. Jahresbericht. 7. Vorschläge der Bevollmächtigten. 8. Verschiedenes. Wegen der zahlreichen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Bevollmächtigten.  
Den Kollegen von Gammwäcker die Mitteilung, daß jeden ersten Sonntag im Monat von 4-5 Uhr Nachmittags im Lokale des Herrn Scharnberg Beiträge für unseren Verband entgegengenommen werden. Die Bevollmächtigten. 1,05 M.]

### Zahlstelle Bremen.

Sonntag, den 14. Oktober, Nachmittags 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Wadewitz, Nordstraße. Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Wahl des Vorstandes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder zu dieser Versammlung ist notwendig. [1,20 M.] Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Hamburg.

Kombinierte Mitglieder-Versammlung sämtlicher Zahlstellen Hamburg am Sonntag, den 14. Oktober, Nachmittags präzis 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schwaff, Neustädterstr. 41. Tagesordnung: 1. Vortrag mit Referent. 2. Wahl der Lokalkommission. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bitten. Die Bevollmächtigten. [1,05 M.]

### Zahlstelle Jleusburg.

Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung findet Donnerstags, den 18. Oktober 1900, im „Hofsteinischen Hause“ statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Die Bevollmächtigten. [0,90 M.]

### Osterholz-Scharmbeck.

Die Mitglieder-Versammlung wird am 6. Oktober abgehalten. Tagesordnung: Vorschläge eines 3. Bevollmächtigten und Abrechnung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. [0,90 M.]

### Zahlstelle Landshut.

Unsern treuen Kollegen Chr. Reich mit seiner Braut anlässlich ihrer am 6. Oktober stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [75 Pf.]

### Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 18. Oktober 1900, Abends 8 Uhr, im Lokale Colbergerstraße 3:  
**4. Stiftungsfest,**  
verbunden mit Konzert, theatrales Aufführungen, komischen Vorträgen und Ball.  
Eintritt 25 Pf. Herren, welche sich am Tanze beteiligen, zahlen 50 Pf. nach.  
Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen in Rixdorf, Charlottenburg, Neu-Weiskensee und Tegel werden hierdurch freundlich eingeladen. [1,80 M.] Das Komitee.

### Zahlstelle Bernburg.

Dienstag, den 9. Oktober, Abends von 8 bis 12 Uhr, findet in unserem Verbandslokal „Thüringer Hof“ unser diesjähriges

### Herbst-Vergnügen

statt. Wir bitten die Kollegen, sich zahlreich zu beteiligen. Mitgliedskarten zu 50 Pf. sind zu haben bei den Bevollmächtigten, Hilfskassieren und Komitemitgliedern und im „Thüringer Hof“. [2,25] Das Komitee.